

Januar 2013

Die "vier Unionen" (Bankenunion, Fiskalunion, wirtschaftliche und politische Union) zu verwirklichen und dabei gleichzeitig die Frage zu klären, wie die demokratische Legitimität sichergestellt werden kann: diesen Kurs wollen die Regierungen der Länder der Eurozone, die Europäische Kommission, die EZB und schließlich auch das Europäische Parlament - wenn auch nur sehr zögerlich - einschlagen, um den Euro in sicheres Fahrwasser zu führen, die Staatsschuldenkrise zu überwinden und eine echte Wirtschafts- und Währungsunion zu schaffen. Unter dem Druck der Krise mussten die Regierungen erkennen, dass die Währungsunion nicht länger mit Institutionen und Verträgen verwaltet werden kann, die einzig und allein die Koexistenz und die Kooperation mehrerer Staaten in dem großen gemeinsamen Markt, nicht jedoch die Steuerung der Währung, der Wirtschaft, des Haushalts und des Steuerwesens in einem supranationalen Staat vorsehen. Dies geht - unabhängig von dem vorsichtigen Sprachgebrauch und der objektiven Schwierigkeit, die bestehenden institutionellen europäischen Verwicklungen zu entwirren - aus dem *Blueprint* der Europäischen Kommission mit dem Titel *Für eine vertiefte und echte WWU*, dem von Van Rompuy vorgelegten Dokument der "vier Präsidenten" und aus einigen Passagen der vom Europäischen Parlament vor dem letzten europäischen Gipfeltreffen 2012 gebilligten Entschlüsse hervor.

Der Umstand, dass auf diesem Gipfeltreffen keine wichtigen Beschlüsse - abgesehen von jenen zur Schaffung der Bankenunion - gefasst und die Beschlüsse über die anderen "Unionen" auf Juni 2013 verschoben worden sind, darf nicht in die Irre führen. In Wirklichkeit haben die nationalen Regierungen auf diesem Gipfeltreffen damit begonnen, sich mit der schwierigen Frage auseinanderzusetzen, warum, wie und bis wann die "vier Unionen" geschaffen werden können; ferner haben sie deutlich gemacht, welche die wesentlichen Hindernisse sind, die zwar niemand zu benennen und anzugehen wagt, die es aber dennoch zu überwinden gilt, um diese "Unionen" tatsächlich zu verwirklichen und ihnen im Rahmen des politischen Handelns Vorrang einzuräumen.

Das erste Hindernis, auf das in den meisten Berichten über das Gipfeltreffen und in den einschlägigen Kommentaren verwiesen wurde, besteht in den unterschiedlichen Auffassungen zwischen den Ländern der Eurozone - insbesondere zwischen Frankreich und Deutschland - über die institutionelle Ordnung der politischen Union, die inzwischen allgemein als unverzichtbar angesehen wird, um als rahmengebende Struktur für die übrigen "Unionen" zu wirken und diese zu steuern. Berlin strebt eine föderale Union an, weiß jedoch noch nicht, wie und mit wem diese Union geschaffen werden soll; demgegenüber möchte Paris nicht über ein konföderales Gebilde ohne wirkliche Übertragung nationaler Souveränität hinausgehen und stellt sich somit offen gegen die konkreten Gegebenheiten und die derzeitigen Notwendigkeiten. Weder Berlin noch Paris scheint sich jedoch über den Umstand im Klaren zu sein, dass eine Föderation der Länder der Eurozone im Rahmen der umfassenderen Konföderation der Länder des Binnenmarktgebiets anzustreben ist.

Das zweite Hindernis, das auf dem letzten Gipfeltreffen zutage trat, besteht in der Unterbewertung des Faktors Zeit. Selbst wenn man davon ausgeht, dass Frankreich und Deutschland zu einem Einvernehmen über die Art des zu verfolgenden politischen Ziels gelangen und der Aufbau der "vier Unionen" in diesem Sinne betrieben wird, ist der hierfür vorgesehene Zeitplan schlicht und einfach unrealistisch und setzt voraus, dass die Welt und die Geschichte auf die Europäer warten. In diesem Zusammenhang sei lediglich erwähnt, dass die Staats- und Regierungschefs sich am 13./14. Dezember darauf beschränkt haben, nur in der theoretisch mit den wenigsten Herausforderungen verbundenen ersten Phase im Sinne des Dokuments der Kommission, d. h. in dem kurzfristigen Zeitraum der nächsten 6 bis 18 Monate Maßnahmen durchzuführen, die darauf abzielen, die Grundlagen für den einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus unter der Verantwortung der EZB zu schaffen, die Wirtschaftspolitiken aufeinander abzustimmen und die für die Überwindung der Ungleichgewichte zwischen den Staaten und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit notwendigen Reformen zu fördern. Auf das Jahr 2013 verschoben

wurden indes die Beschlüsse über die Fiskalunion, eine "angemessene Fiskalkapazität für die WWU", die nach den Vorstellungen der Kommission im Übrigen erst mittelfristig geschaffen werden soll (nämlich zwischen 2014 und 2018), wie auch die Beschlüsse über die nach 2018 geplante Vollendung der wirtschaftlichen und der politischen Union, die "die Schaffung eines autonomen Haushalts des Euro-Währungsgebiets" mit einer "Fiskalkapazität, die die Mitgliedstaaten bei der Bewältigung von Krisen unterstützen kann", umfasst. Wer regiert, sollte sich die Mahnung Machiavellis vor Augen führen, dass Dämme gegen das Hochwasser in "ruhigen Zeiten" errichtet und gesichert werden müssen, nicht wenn reißende Strömungen und Überschwemmungen wüten (*Der Fürst*, XXV). Daher ist es in keiner Weise gerechtfertigt, den Einigungsprozess angesichts einer vorübergehenden Flaute auf den Märkten auf die lange Bank zu schieben. Auch ist es politisch unverantwortlich, sich vorzunehmen, das, was nach dem gesunden Menschenverstand sofort getan werden müsste, erst nach 2014 bzw. nach 2015 oder sogar erst nach 2018 zu tun, ohne dass im Übrigen mit den Vorbereitungen hierfür bereits begonnen würde.

Das dritte Hindernis besteht darin, dass es keine breite öffentliche Bewegung gibt, die erkannt hat, welche Entscheidungen getroffen werden müssen, um die Zukunft Europas zu gewährleisten, und die gleichzeitig einen hinreichenden Konsens herbeizuführen vermag, der es ermöglicht, die Verwirklichung dieses Ziels zu unterstützen. Es hat sich erwiesen, dass die Regierungen der Länder der Eurozone, die Europäische Kommission und die EZB ohne Druck vonseiten der politischen Kräfte und der öffentlichen Meinung nicht mehr in der Lage sind, über das bisher Erreichte hinauszugehen. Aufgabe der politischen Parteien ist es, dieses Problem anzugehen und dazu beizutragen, dass in den politischen Debatten und in den Wahlkämpfen mit aller Deutlichkeit auf die enge Verknüpfung zwischen der Schaffung einer echten föderalen Union, der Wiederankurbelung der Entwicklung und der Möglichkeit hingewiesen wird, die demokratische Kontrolle über die europäischen Entscheidungen auf supranationaler Ebene zu erlangen. Vor diesem Hintergrund kann in der Tat erwogen werden, rechtzeitig die Zustimmung der Völker zu erwirken, die unverzichtbar ist, um den gegenwärtigen tief greifenden politischen und institutionellen Wandel in Europa zum Abschluss bringen, dem Euroskeptizismus entgegentreten und populistischen, nationalistischen und mikronationalistischen Bestrebungen begegnen zu können.

Die Europäer stehen am Vorabend einer schwierigen politischen Auseinandersetzung, bei der die Erfolge von mehr als 60 Jahren Integration, das Wohlergehen der derzeitigen und der künftigen Generationen, die Ordnung und die Gerechtigkeit in der Gesellschaft und die Ausübung der Volkssouveränität durch demokratische Institutionen auf supranationaler Ebene auf dem Spiel stehen. Die Zeit der Verzögerungen, der halbherzigen Maßnahmen und der Notlösungen, mit denen der nationale und der europäische Status quo beibehalten werden sollen, ist vorbei.

Wer tatsächlich den Risiken der Desintegration der Währungsunion, eines Rückgangs der Solidarität und der Entwicklungsperspektiven sowie eines Verlustes an demokratischer Kontrolle der in unseren Gesellschaften und auf kontinentaler Ebene zu treffenden Entscheidungen Einhalt gebieten möchte, muss dafür kämpfen, dass die Regierungen, die Parlamente, die Parteien und die Gewerkschaften die Hindernisse überwinden, die Fortschritten bei der Schaffung der politischen Union im Weg stehen, und für die Föderation der Länder der Eurozone eintreten; er muss die Schaffung eines autonomen Haushalts der Eurozone unterstützen, die Einbindung von Bürgervertretern in eine europäische Verfassungsdebatte mittels Einberufung eines Konvents fordern, dem das Mandat zur Ausarbeitung einer föderalen Verfassung übertragen würde, und er muss daran erinnern, dass die Lösung des Problems der demokratischen europäischen Legitimität notwendigerweise impliziert, dass im Europäischen Parlament bei den Verantwortlichkeiten und Kontrollen in Bezug auf Haushalts-, Steuer- und Wirtschaftsfragen, die das Euro-Währungsgebiet betreffen, zwischen den innerhalb und den außerhalb der Eurozone gewählten Parlamentariern zu unterscheiden ist.

Auf diese Weise kann die Schaffung der "vier Unionen" in Verbindung mit der Schaffung der föderalen Union das vorherrschende Thema in den kommenden Wahlkämpfen und der politischen Debatte über die Zukunft Europas werden.

Publius

**Unter der Federführung der Europäischen Stiftung Luciano Bolis
Von der Union der Europäischen Föderalisten geförderte Initiative
zur Unterstützung des "Framework for Action for a European Federal Union"**

Editrice EDIF, via Villa Glori, 8 - I-27100 Pavia - E-mail: publius@euraction.org
Direttore responsabile Elio Cannillo - Autorizzazione Tribunale di Pavia n. 572 del 4/9/2002
Stampatore PIME SRL, Pavia - Poste Italiane s.p.a., Spedizione in Abbonamento Postale D.L. 353/2003
(conv. in L. 27/02/2004 n. 46) art. 1, comma 1, LO/PV - Abbonamento annuale € 5
www.euraction.org